

# Stimmen zum Humanitären Weltgipfel

## An den tatsächlichen Problemen vorbei

Sarah Hammerl · Ulrike von Pilar

**Sarah Hammerl,**  
geb. 1988,  
ist Studentische  
Mitarbeiterin bei  
der Berlin Advocacy  
Unit von Ärzte ohne  
Grenzen.

**Dr. Ulrike von Pilar,**  
geb. 1952,  
ist Leiterin der Berlin  
Advocacy Unit von  
Ärzte ohne Grenzen.

Ärzte ohne Grenzen hat entschieden, nicht am Humanitären Weltgipfel (World Humanitarian Summit – WHS) in Istanbul teilzunehmen, obwohl die Organisation 18 Monate am Vorbereitungsprozess mitgewirkt hatte. Ärzte ohne Grenzen war zunehmend enttäuscht, sowohl bezüglich der Prioritätensetzung als auch hinsichtlich des Formats des Gipfels.

Bei der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und möglicher Konsequenzen bei Rechtsverletzungen wurden bislang keine Fortschritte erzielt. Wie so oft fehlt der politische Wille. Die Untersuchung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht sollte unabhängig und frei von politischem Zwang gewährleistet und von allen Unterzeichnerstaaten unterstützt werden – in der Praxis gibt es dies kaum. Besonders dramatisch ist die Situation bei Angriffen auf Gesundheitseinrichtungen, die eine eindeutige Verletzung der Genfer Konventionen darstellen. Im Jahr 2015 gab es 105 Angriffe auf 75 Gesundheitseinrichtungen, die von Ärzten ohne Grenzen weltweit betrieben oder unterstützt werden. Bei keinem einzigen dieser Angriffe kam es zu einer unabhängigen Untersuchung des Vorfalls.

Der WHS hätte die Gelegenheit geboten, im Kontext von Krieg, Flucht und Vertreibung über die Regeln des Krieges und den Umgang mit seinen Opfern zu reflektieren. Neben recht unverbindlichen Vereinbarungen werden in der Zusammenfassung des UN-Generalsekretärs zum Gipfel lediglich konkrete Vorschläge im Bereich der Sensibilisierung von bewaffneten Akteurinnen und Akteuren für das humanitäre Völkerrecht genannt. Dies geht am Kern des Problems vorbei: Eine große Anzahl von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht ist von Staaten mitzuverantworten: vier ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sind in militärischen Bündnissen, die für Angriffe auf Krankenhäuser verantwortlich sind. Leider wurde dies beim WHS nicht thematisiert.

Die Frage nach langfristigen Strategien stand im Zentrum der Debatten. Selbstverständlich müssen humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit besser abgestimmt und koordiniert werden. Allerdings wird ein stärkerer Fokus auf die Entwicklungszusammenarbeit die humanitäre Hilfe kaum überflüssig machen – wie mit dem Motto ›Changing People's Lives: From Delivering Aid to Ending Needs‹ angedeutet wird. Bei einer Reihe von Konflikten und Krisensituationen mangelt es derzeit an humanitärer Hilfe vor Ort. Millionen von Menschen sind unter grausamen Umständen völlig von jeglicher Hilfe abgeschnitten. Wenngleich viele und komplexe Faktoren dafür verantwortlich sind, hätte man sich zumindest um Lösungsansätze bemühen können. Die Initiativen zur Fluchtursachenbekämpfung und die geplanten Abkommen der Europäischen Union mit außereuropäischen Staaten stellen gerade nicht die Bedürfnisse der 65 Millionen Vertriebenen weltweit in den Vordergrund.

Die Hauptverantwortung, Konflikten entgegenzuwirken, sie diplomatisch zu entschärfen und sich für Menschen in Not einzusetzen, obliegt den Regierungsvertreterinnen und -vertretern. Welche verbindlichen Zusagen zur Stärkung der humanitären Prinzipien, zur akuten Nothilfe und zum Schutz von Menschen auf der Flucht haben die Staaten während des Gipfels gegeben? Außer Bundeskanzlerin Angela Merkel war zudem kaum ein Staats- und Regierungschef beim Gipfel anwesend. Ärzte ohne Grenzen ist skeptisch, ob vom Humanitären Weltgipfel tatsächlich mehr als Reformvorschläge und Initiativen bleiben wird, die allzu oft die komplexen Realitäten der humanitären Hilfe verkennen.



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon (4. v. l.) leitete den Runden Tisch ›Political Leadership to Prevent and End Conflicts‹, der während des Humanitären Weltgipfels am 23. Mai 2016 in Istanbul stattgefunden hat. Neben ihm auf dem Podium sind unter anderem der Präsident der Türkei Recep Tayyip Erdoğan und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

UN-Foto: Eskinder Debebe

## Wendepunkt oder ›Debattierclub‹?

James Munn

Der Norwegische Flüchtlingsrat (Norwegian Refugee Council – NRC) hat mit gedämpften Erwartungen hinsichtlich fester Verpflichtungen und Ergebnisse am Humanitären Weltgipfel teilgenommen. Wenngleich viele Vereinbarungen getroffen wurden, haben nur wenige die hohen Ansprüche, die der UN-Generalsekretär gesetzt hatte, erfüllt. Während im Bildungsbereich und mit dem ›Grand Bargain‹ große Fortschritte erzielt wurden, ist noch unklar, welche der anderen Vereinbarungen über das Aufrechterhalten des Status Quo hinausgehen.

Das Thema Bildung hatte für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer Priorität und viele Geber versprachen mehr finanzielle Unterstützung für Bildungsprogramme. Der Generalsekretär des NRC Jan Egeland forderte den Schutz von Bildungseinrichtungen vor Angriffen und betonte den Bedarf an Investitionen in qualifiziertes Lehrpersonal sowie in einen sicheren Zugang von Schülerinnen und Schülern zu Schulen. Ein weiterer Erfolg war der ›Grand Bargain‹, der die Effizienz bei Finanzierung und Berichterstattung verbessern soll. Bis zum Jahr 2020 sollen diesbezüglich 25 Prozent der Mittel der humanitären Hilfe »so direkt wie möglich« an

lokale und nationale Organisationen fließen. Obwohl damit die wichtige Rolle der lokalen Ebene bestätigt wird, deutet die vage Formulierung darauf hin, dass kein wesentlicher Wandel zu erwarten ist. Die Verpflichtungen in einigen Schlüsselfeldern waren entweder schwach oder rar. Dies gilt beispielweise im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung und die politische Führungsstärke bei der Beendigung von Konflikten. Es gab einen beträchtlichen Mangel an Zugeständnissen beim Thema Risikoaufteilung und -management, bei der Begrenzung der Auswirkungen der Terrorismusbekämpfung und bei Maßnahmen gegen gewalttätigen Extremismus im humanitären Bereich. Des Weiteren hatten einige Regierungen und nichtstaatliche Organisationen den Eindruck, dass die UN-Organisationen nur sehr widerwillig über Reformen bei den UN-Mandaten und der Architektur des Systems der humanitären Hilfe diskutieren wollten.

Der NRC ist davon überzeugt, dass alle Akteure Rechenschaft über die Umsetzung ihrer Verpflichtungen ablegen sollten, damit der Weltgipfel ein Wendepunkt sein kann und nicht zu einem kostspieligen ›Debattierclub‹ wird.

**James Munn,**  
geb. 1971,  
ist Director of  
Humanitarian Policy  
beim Norwegischen  
Flüchtlingsrat.

## Gute Vorsätze allein werden nicht reichen

Elias Sagmeister · Julia Steets

Bereits im Vorfeld des ersten Humanitären Weltgipfels war deutliche Kritik zu hören: Ein Feigenblatt sei dieser Gipfel, der keine Antworten auf die drängendsten Probleme finden werde. Das Gruppenbild schien die niedrigen Erwartungen zu bestätigen: Für die Gruppe der Sieben (G7) folgte Angela Merkel als einzige Regierungschefin der Einladung nach Istanbul. Keine Vetomacht des UN-Sicherheitsrats war hochrangig vertreten.

Trotz der Vielzahl an Initiativen scheint das Ergebnis den Skeptikern Recht zu geben. Es gibt kein bindendes Ergebnisdokument und bisher keinen Überblick über die Zusagen, die gemacht wurden. Statt ein Ziel vorzugeben und dessen Umsetzung einzufordern, setzen die Mitgliedstaaten darauf, dass sich die Organisationen selbst reformieren. Das wichtigste Ergebnis ist der ›Grand Bargain‹ als Übereinkommen zwischen Geldgebern und Hilfsorganisationen. Das Papier enthält einige wenige konkrete Zusagen wie die stärkere Unterstützung nationaler und lokaler Organisationen. Hilfsorganisationen sowie Expertinnen und Experten sind sich einig, dass es sinnvoll wäre, in Zukunft mehr auf Bargeldtransfers zu setzen. Schätzungen gehen davon aus, dass in 70 bis 80 Prozent der humanitären Krisen

ein Großteil der Hilfe als Barmittel an Betroffene ausgezahlt werden könnte. Sie könnten selbst entscheiden, was sie am nötigsten brauchen. Statt eines klaren Bekenntnisses ist lediglich der vage Vorsatz »zu versuchen, künftig häufiger Bargeldtransfers zu nutzen, wo dies angemessen erscheint« enthalten. Anstelle von konkreten Zielgrößen steht es Organisationen oder Geldgebern frei, ihre Ziele festzulegen.

Eine tatsächliche Wende bedarf tiefgreifender Veränderungen. Internationale Organisationen müssten auf einen Teil ihrer Budgets verzichten, wenn lokale Organisationen direkt finanziert würden oder Hilfe als Barmittel ausgezahlt würde. Gleichzeitig müssten viele Hilfsorganisationen ihr Mandat überdenken und bedarfsorientierter handeln. Ist zu erwarten, dass die Organisationen diese schmerzhaften Schritte freiwillig gehen? Gute Vorsätze in Form von Selbstverpflichtungen werden nicht reichen. Die UN-Mitgliedstaaten sollten auf eine Übersicht der gemachten Zusagen bestehen und sich auf einen Überprüfungsprozess einigen. Darüber hinaus sollten sie willens sein, Veränderungen im Zweifelsfall gegen die Interessen der humanitären Organisationen durchzusetzen.

**Dr. Julia Steets,**  
geb. 1975,  
ist Direktorin des  
Global Public Policy  
Institute (GPPI).

**Dr. Elias Sagmeister,**  
geb. 1984,  
ist Projektmanager  
am Global Public  
Policy Institute  
(GPPI).